

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Februar 2012

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Vorschläge der EU-Kommission zur Rente einzige Katastrophe

Die EU-Kommission will Medienberichten zufolge das Rentenalter in den EU-Ländern weiter anheben. In dem noch nicht veröffentlichten „Weißbuch Rente“ der Kommission soll stehen, dass der Rentenbeginn künftig automatisch an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden soll. Dann müsste auch das in Deutschland auf 67 Jahre angehobene Rentenalter noch weiter steigen.

Kaum hat die Deutsche Bevölkerung einigermaßen die Rente mit 67 so richtig wahrgenommen, abgesehen von der Opposition im Bundestag (Rückkehr zum Renteneintritt mit 65), schon mischt sich die EU-Kommission mit noch weitreichenderen Forderungen ein.

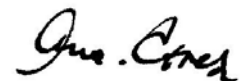
Die Überbietungsforderungen der Kommission an die EU-Mitgliedstaaten sind weltfremd und tragen der Wirklichkeit in der arbeitenden Welt nicht Rechnung. Man denke nur an die Kollegen bei Tief-/Hochbau oder Werkarbeiter, die heute in der Mitte des Lebens stehen und wissen, dass sie womöglich aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Arbeitslosigkeit nicht einmal bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können. Der derzeitige Ist-Zustand in Deutschland führt bereits jetzt dazu, dass sich mit der langsamen Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre die Situation verschärfen und die Gefahr von Altersarmut wachsen wird, wenn die notwendige „Begleitmusik“ vom Gesetzgeber ausbleibt. Tatsache ist doch: Derzeit bieten weder der Arbeitsmarkt noch die Personalpolitik der Unternehmen Anhaltspunkte dafür, dass ein Arbeiten bis zur Regelaltersgrenze zur Normalität wird.

Und jedes Jahr vorgezogener Beginn der Altersrente bedeutet 3,6 Prozent Rentenabschlag auf Lebenszeit. Das heißt, wenn sich die Beschäftigungssituation für ältere Arbeitnehmer nicht grundlegend verbessert, wird die schrittweise Einführung der „Rente mit 67“ zu Rentenverkürzungen bei Millionen Neurentnern führen. Der Rente mit 67 müssen also noch viele Maßnahmen folgen, damit teilt der CGB die Haltung vom CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der die unzureichenden Arbeitsmöglichkeiten für über 60-jährige kritisiert.

Wir, Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, fordern von der Politik und der Wirtschaft mit uns gemeinsam Lösungen zu finden, damit es altersgerechte und der individuellen Leistungskraft angemessene Arbeitsplatzangebote in den Betrieben für ältere Kollegen gibt. Und die alte Forderung will ich nochmal bekräftigen, wer 45 Beitragsjahre hat, der soll ohne Abstriche in Rente gehen können.

Die Zeit für den Umstieg in den gesetzlichen Renteneintritt von heute 65 Jahre auf 67 Jahre im Jahr 2029 muss sozial und gerecht gestaltet werden, damit niemand hernach sagen muss: „Ein Leben lang gearbeitet und trotzdem lebe ich in Altersarmut“. Weitergehende Vorschläge der EU-Kommission für einen noch späteren Renteneintritt lehnen wir entschieden ab.

Matthäus Strebl, Bundesvorsitzender



Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Gastbeitrag

Freiheit statt Bevormundung – Die Aufgabe der Christlichen Gewerkschaften

„Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) hat auf Vorschlag des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschland (CGB)“ – so lautete eine Pressemitteilung im „Vilshofener Anzeiger“ am 24. Januar 2012, die die Bestellung des neuen ehrenamtlichen Versicherungsberaters der Deutschen Rentenversicherung im Landkreis Passau öffentlich machte. Die durch den Politischen Aschermittwoch bekannte Donaustadt Vilshofen stellt seit mindestens 35 Jahren diesen Berater, und zwar immer aus den Reihen des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Trotzdem denkt in der dortigen Öffentlichkeit bei der Erwähnung des Wortes „Gewerkschaften“ niemand automatisch an das Zusatzwort „Christlich“. Woran liegt das? Wer von den vielen Ratsuchenden, besonders im Zeitraum des Eintritts in das Rentenalter, die Dienste des Versicherungsberaters in Anspruch genommen hat, ist voll des Lobes. Er fragt möglicherweise nach dem Zusammenhang von Rentenversicherung und Christlichem Gewerkschaftsbund. Aber er wird sich trotzdem nicht automatisch an den CGB erinnern, wenn wieder einmal von „den Gewerkschaften“ die Rede ist. Das ist ungerecht.



Dr. Klaus Rose

Die Geschichte der christlichen Gewerkschaften

Im 19. Jahrhundert, als sich wegen der industriellen Revolution und der Landflucht die neue „Arbeiterbewegung“ herauskristallisierte, war auch der Begriff „Sozialismus“ entstanden. Marx und Liebknecht wurden zu Vordenkern, Lasalle und andere hatten Arbeiterparteien gegründet, „freie Gewerkschaften“ folgten auf dem Fuß. Diese waren „notwendig“ geworden, im wahrsten Sinn des Wortes. Aber sie blieben nicht, wie erhofft, parteipolitisch neutral. Sie traten revolutionär auf, religionskritisch, unternehmerfeindlich. Da musste sich im Jahr 1901 als Gegengewicht der „Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (CGB) gründen. Seine Prinzipien waren von Anfang an die Christliche Gesellschaftslehre und deren Hauptbegriffe Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl. In der Weimarer Republik entwickelten sich die christlichen Gewerkschaften unter dem Dach

des DGB, aber besonders verankert in katholischen Regionen. 1933 erfolgte die Zwangsauflösung und nach 1945 die Wiedergründung des DGB, während die christlichen Gewerkschaften keine Lizenz durch die Alliierten erhielten. Der DGB vertiefte seinen Allein-Vertretungsanspruch und benahm sich in Zukunft auch entsprechend. Seine deutliche Unterstützung für die SPD und die personelle Verflechtung mit ihr forderten die Gründung eines eigenen Christlichen Gewerkschaftsbundes geradezu heraus. Sie erfolgte 1959, zog jedoch eine massive Gegenkampagne des DGB nach sich. Der Autor erinnert sich noch gut an die „Richtungskämpfe“ in der Zeit der sozialliberalen Koalition, wobei man zum Beispiel beim neuen Kampfbegriff „Mitbestimmung“ durchaus ähnliche Interessen vertrat, aber eben auf pluraler Basis, neben DGB oder DAG.

Gewerkschaftspluralität als Maxime

Was in einer Demokratie für die Parteien gilt, kann für Gewerkschaften nicht falsch sein: das Ringen um die bestmögliche Lösung soll breit verankert sein. Wenn noch dazu die parteipolitische Neutralität gestört ist oder sich manche führenden DGB-Vertreter nicht „arbeiterkonform“ verhalten, Stichwort „Villa im Tessin“ oder „Sex-Ausflug nach Brasilien“, dann ist der Ruf nach neuen Köpfen und Organisationen zwangsläufig. Allein schon deshalb haben christliche Gewerkschaften eine Verantwortung. Aber es geht insgesamt auch um eine christlich-soziale Ordnungspolitik. Es geht um Initiativen, die von anderen nicht gesehen oder geleistet werden. Es geht um das Wahrnehmen neuer Berufsbilder und um deren Vertretung. Es geht um das alternative Denken und Beraten und damit um die noch bessere Lösung von Problemen der modernen Arbeitswelt. Da gibt es die Stichworte Sonntagsschutz, Gleichbehandlung in den alten und neuen Bundesländern, Lohnuntergrenzen, Altersarmut oder die Rentenproblematik ganz allgemein. Die Liste kann man endlos fortsetzen, bis hin zum „Wirtschaftsstandort Deutschland und seiner Energiesituation oder seiner Bildungs- und Forschungschancen“. Freiheit oder Bevormundung, diese Grundthese und Antithese, gilt bei allen aufgeworfenen Fragen. Hinzu kommt, dass – wie bei anderen Unternehmen oder Verbänden auch – eine „Innenrevision“ zwar wertvoll ist, aber manchmal nicht ausreicht. Das heißt, auch dem DGB muss jemand von außen auf die Finger schauen und notfalls dortige Fehlentwicklungen anprangern. Das Konkurrenzdenken zeigt, nicht bloß wirtschaftlich gesehen, gute Erfolge. Dass all das heutzutage kaum mehr mit einem Klassenkampfdenkens zusam-

menhängt, weil dieses, wie CGB-Bundesvorsitzender Matthäus Strebl sagte, „überholt“ sei, liegt auf der Hand. Das Ende des Kalten Krieges hat auch im Gewerkschaftswesen zur Entkrampfung beigetragen. Umso mehr sollten die „Edlen im Wettstreit“ zur wahren Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beitragen. Die Tariffähigkeit vorausgesetzt, sollten christliche Gewerkschaften ebenso gehört werden wie andere. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat deshalb die CGB-Mitgliedschaft in seinem Tarifausschuss vollzogen. Das ist ein guter Schritt in die Zukunft der Arbeitnehmervertretung. Nochmals: Freiheit statt Bevormundung!

Aus den Gewerkschaften

Dresden, den 29.01.2012 - VERHÄLTNISS VON POLITIK UND VERWALTUNG VERBESSERN!



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
und Dienstleistungen
- Regionalverband Ost -

Namens des Regionalverbandes Ost der im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) verankerten Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) gibt Joachim Brockpähler, selbst seit 20 Jahren im Sächsischen Staatsdienst, die folgende Erklärung ab:

„Die Turbulenzen um aus Insiderkreisen behauptete, nun aber offiziell dementierte Pläne zur Streichung von fünf Urlaubstagen im Jahr und die Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden für sächsische Beamte demonstrieren eine beachtliche Nervosität aller Beteiligten. So unzulässig es ist, von Dienstrechtern aus politisch nicht freigegebene Informationen zu verbreiten, so ist es auch hochproblematisch, wenn Politiker anschließend die Keule herausholen und ein gestörtes Verhältnis zum öffentlichen Dienst erkennen lassen.

Die Politiker aller Parteien und insbesondere der Regierungsfractionen sollten zur besseren Verwirklichung ihrer politischen Ziele ein gutes Miteinander mit den Staatsdienern aller Ebenen anstreben. Verfehlungen Einzelner gibt es überall. Jeder Berufsstand hat seine legitimen Rechte, die er verteidigen darf. Die zur Loyalität verpflichteten Staatsdiener haben es infolge vieler politisch exekutierter und ungenügend kommunizierter Verwaltungsreformen und aufgrund ihrer vielfach nicht anerkannten Kompetenzen und Bemühungen verdient, dass die Politiker sie ernst nehmen.“

Presseerklärung GÖD RV Ost vom 29. Januar 2012

Hannover den 16.02.2012 – Wird der Führerschein zum Luxusgut?



Nach dem Vorschlag der EU ab dem 19. Januar 2018 auf dem Führerschein den Fahrerkartenchip zu integrieren, entstehen laut einem Bericht der EU Kommission keinerlei Kosten weder für den EU Haushalt noch für die Haushalte der Mitgliedsländer.

Nur die Kosten für die Berufskraftfahrer werden extrem ansteigen, die jetzigen Verwaltungsgebühren für die Verlängerung der Fahrerlaubnis (alle 5 Jahre) betragen 42,60 €. Neue Kosten entstehen in Höhe von 28,60 € für den Eintrag der 5 Pflicht Weiterbildungsmodul die alle 5 Jahre wiederholt werden müssen ab 2015 bzw. 2016. Etwa 30,00 € sollen als Zusatzkosten entstehen für den Fahrerkartenchip auf dem Führerschein ab 19. Januar 2018. Für die Ersatzausstellung einer neuen Fahrerlaubnis wegen fehlerhaftem Kartenchip fallen dann etwa 75,00 € anstelle der heutigen 37,50 € Verwaltungskosten an.

Für jede Antragstellung und Abholung des Dokuments muss der Fahrer persönlich erscheinen, es sind also 2 Tage Freizeit dafür zu opfern. Neben den Kosten für die Verwaltung schlagen die Kosten für die Weiterbildung der 5 Module alle 5 Jahre mit 800,00 €, 500,00 € für den Gefahrgutschein sowie 180,00 € für den Staplerschein zu Buche. Bei einem zurzeit angebotenen monatlichen Bruttolohn von ca. 1.500,00 € muss ein Fahrer 2 Monate arbeiten und 9 Tage Freizeit opfern, um eine Führerscheinverlängerung zu bekommen.

Während die Arbeitgeber die Förderprogramme De-minimis für die Aus- und Weiterbildung in Anspruch nehmen, bekommen die Fahrer für die Schulungstage keine Arbeitszeit bezahlt und keine Kursgebühren zurückerstattet. Mit dem Luxusgut eines Führerscheinbesitzes wird der Fahrermangel für die Zukunft nicht geringer, es bedarf eines baldigen Umdenkens und eine spürbare Hilfe für das Fahrpersonal.

Pressebericht KfG vom 16.02.2012

Ohne Förderschulen geht es nicht!

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)
Berufsverband mit klarer Linie



VkdL: Das Schulministerium hat kein Konzept für Inklusion!

Essen, 14. Februar 2012. – Das nordrhein-westfälische Schulministerium will langfristig alle Sonder- und Förderschulen abschaffen – sogenannte „Doppelstrukturen“ sind nicht erwünscht. Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) hält diese Inklusionspolitik für fatal, da keine Unterschiede bei den Behinderungsformen gemacht werden. Das Schulministerium tue so, als könnten alle Kinder mit Behinderungen generell in den Regelschulen ausreichend gefördert und unterrichtet werden. Dabei werde ausgeblendet, dass etwa fünf Prozent eines Jahrgangs unter so starken Behinderungen leide, dass sie eine besondere pädagogische Förderung benötigen, so der VkdL. Auch der Erziehungswissenschaftler Rainer Winkel hatte jüngst in „DRadio Wissen“ dringend für den Erhalt der Sonderschulen plädiert.

Der VkdL kritisiert die Ausschließlichkeit, mit der die nordrhein-westfälische Landesregierung die Gleichmacherei vorantreibt. Die UN-Behindertenkonvention verlange ja gerade, dass Kinder mit Behinderungen die gleiche optimale Förderung bekämen wie Kinder ohne Behinderung. „Und die beste Förderung kann manchmal nur in einer besonderen Schule mit entsprechendem Personal geleistet werden“, sagt Bundesvorsitzende Roswitha Fischer. Alles andere sei Augenwischerei.

Der VkdL verurteilt das fahrlässige Vorgehen, da die Einheitsschul-Politik zu Lasten der Kinder mit und ohne Behinderung gehe: Beide Seiten kommen zu kurz, aber alle sind dabei – das ist zu wenig, wenn gute Bildung das Ziel sein soll!

Presseerklärung VkdL vom 14.02.2012

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



Bremen, den 27.01. 2012 - Wirtschaftsfeindliche Beschlüsse von Senat und Koalitionsfraktionen gefährden Arbeitsplätze

„Mit ihren wirtschaftsfeindlichen Beschlüssen gefährdet die rot-grüne Bürgerschaftsmehrheit Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven und sorgt damit einmal mehr bundesweit für Zweifel am ernsthaften Willen des kleinsten Bundeslandes zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung.“ So die Einschätzung des Bremer CGB-Landesvorsitzenden und Bundesvorsitzenden der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft Peter Rudolph zum Atom-Verbot für die Bremer Häfen und zur Einführung einer Betten-Steuer“ Rudolph: „Die Häfen in Bremen und Bremerhaven bilden das Rückgrat der extrem exportabhängigen bremischen Wirtschaft. Mit ihrer überregionalen Funk-

tion wird u.a. der Anspruch des Zwei-Städte-Staates auf Haushaltshilfen und Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich begründet. Mit welcher Legitimation will Bremen zukünftig noch den Anspruch auf Förderung einer besseren Hinterlandanbindung seiner Häfen rechtfertigen, wenn deren Status als Universalhäfen von Bremen selbst infrage gestellt wird. Der CGB Landesverband Bremen würde es daher begrüßen, wenn Opposition und Handelskammer ihre Ankündigung wahr machen und gegen das rechtlich zweifelhafte Atom-Verbot für die Bremer Häfen klagen würden.“

Auch die von der Bürgerschaftsmehrheit beschlossene Betten-Steuer ist ein wirtschaftsfeindliches Signal, das Arbeitsplätze gefährdet. Während die Bremer Touristik-Zentrale gerade stolz die Spitzenplätze Bremens und Bremerhavens im Städtetourismus und einen neuen Übernachtungsrekord verkündet, riskieren Senat und Koalitionsfraktionen mit Einführung der Tourismusabgabe, dem am 1. Juli geltenden Innenstadtverbot für Reisebusse ohne Rußfilter sowie der Torpedierung der vom Flughafen gewünschten Vermarktungsgesellschaft für Flüge ab Bremen, dass der Tourismus-Boom in Bremen und Bremerhaven ein jähes Ende findet.

Das Senat und Koalitionsfraktionen die Pflege ideologischer Vorurteile im Zweifelsfall wichtiger sind als die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, machen nach Auffassung des CGB schließlich auch die Nichtbeteiligung Bremens am Modellversuch mit Gigalinen sowie die jetzt von der Bürgerschaftsmehrheit beschlossene Ablehnung der Verlängerung der Ausnahmeregelung für die im Rahmen des Bremischen Investitionserleichterungsgesetzes eingeführten erhöhten Wertgrenzen für Vergabeverfahren deutlich. Der CGB hatte sich unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung ebenso für die Verlängerung der Ausnahmeregelung wie für den Modellversuch mit Gigalinen ausgesprochen.

Auszug aus Pressebericht CGB Bremen vom 27.01.2012

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.